Freitag, 9. Oktober 1925 · 73. Jahrgang Nr. 478

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 50 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Str. 46–49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455, für den Fernverkehr Nr 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code — Postscheckkonto Nr 324, Rudolf Mosse, Berlin NW 7 — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 236, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str 79.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 53, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94; Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krullsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Paris ist optimistisch

Die Unterredung Luther-Briand „ein europäisches Ereignis" — Donnerstag eine Sitzung, Sonnabend zwei, Freitag sitzungsfrei — Benesch will vermitteln — Der Pole macht die Franzosen nervös

Locarno, 8. Oktober.

Ueber die heutige Sitzung der Minister wurde, wie bisher, ein gemeinsames Communiqué der Delegationen ausgegeben, das in deutscher Fassung wie folgt lautet:

„Die vierte Sitzung der Konferenz war der Erörterung derjenigen Fragen gewidmet, die sich aus der Beteiligung der eventuellen Signatare des Sicherheitspaktes im Völkerbund ergaben. Im Verlaufe dieser Erörterung fand eine Generaldiskussion statt, in welcher die Vertreter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens und Italiens nacheinander die Auffassungen ihrer Regierungen darlegten. Die Konferenz wurde auf Sonnabend, 10. Oktober, vertagt, an welchem zwei Sitzungen stattfinden sollen, um 10½ Uhr vormittags und um 2½ Uhr nachmittags.

*

Zum zweiten Male beschäftigte sich gestern die Konferenz mit den großen politischen Problemen. Diesesmal war es ausschließlich der Völkerbund, dem man sich widmete. Man ist damit eigentlich erst an die Schwierigkeiten herangetreten, die mit dem ganzen Pakt verbunden sind. Im Communiqué wird auf die Konsequenzen hingewiesen, die sich aus einer Beteiligung der Signatarmächte am Völkerbund im Zusammenhang mit dem Sicherheitspakt ergeben. Darunter fällt natürlich die Registrierung der einzelnen Verträge im Generalsekretariat des Völkerbundes. Darunter fällt weiter die Klärung des Schiedsgerichtsverfahrens, für das Vandervelde, wie berichtet, den Vorschlag gemacht hat, daß für die politischen Streitfragen ein besonderes, und darum neutrales und objektives Gerichtsgremium gebildet werden müsse. Darunter fällt endlich der viel umstrittene Artikel 16 der Völkerbundssatzungen, mit dem darin aufgestellten Durchmarschrecht. In der Generaldiskussion haben sämtliche Delegationen zunächst einmal in programmatische Ausführungen ihre Ansichten vorgeschlagen.

Der Freitag bleibt sitzungsfrei. Infolgedessen wird diese Pause wahrscheinlich zu vertraulichen persönlichen Aussprachen der einzelnen Missionschefs untereinander ausgenutzt werden. Nach der heutigen Sitzung hatte Reichskanzler Dr. Luther, nachdem die meisten Konferenzteilnehmer dan Justizpalast verlassen hatten, noch eine kurze Unterredung mit dem belgischen Außenminister Vandervelde.

In französischen Delegationskreisen ist man nach wie vor, auch nach der heutigen ernsten Sitzung, durchaus optimistisch gestimmt und glaubt, daß die Konferenz Mitte nächster Woche mit einem positiven Ergebnis zu Ende gehen wird.

*

Zu der heutigen Sitzung wird uns weiter gemeldet:

Das diplomatische Spiel beginnt ein lebhafteres Tempo anzunehmen. Es hat den Anschein, als ob man die beiden Probleme des Artikels 16 der Völkerbundssatzungen, der das Durchmarschrecht aufstellt, und die östlichen Schiedsverträge in einen Rahmen verbinden will. Im Hintergrunde, das heißt, in ihren Hotels warten die polnische und die tschechoslowakische Delegation, Graf Skrzinski und Benesch, um zu den Verhandlungen herangezogen zu werden. Heute war es noch nicht der Fall. Frankreich möchte sie gern sofort am Verhandlungstisch sehen, da ja über die östlichen Schiedsverträge auf der Konferenz der Außenminister gesprochen wird. England ist dagegen. Chamberlain muß in seinem eigenen Lande eine heftige Opposition fürchten, wenn er sich noch tiefer in die Verhandlungen über die Ostverträge gar mit Hinzuziehung der Polen und Tschechen, verstricken lassen würde.

Bei der schon im Abendblatt gemeldeten **eingehenden Aussprache zwischen Chamberlain und Stresemann** hat auch die **Räumung der Kölner Zone eine nicht unwesentliche Rolle gespielt.** Dr. Stresemann hat darauf hingewiesen, daß er ohne die Zusicherung einer sofortigen Räumung der ersten rheinischen Zone unmöglich von Locarno nach Hause kommen kann. Das sei eine der Vorbedingungen für die Unterzeichnung des Westpaktes. England nimmt in dieser Frage einen durchaus entgegenkommenden Standpunkt ein, während Frankreich eine solche Zusicherung von der Unterschrift des Paktes abhängig macht.

Paris, 8. Oktober.

Die **Unterredung Briands mit dem Kanzler Luther** wird vom „Paris-Soir" als ein **„europäisches Ereignis"** bezeichnet. Dieses Blatt glaubt nicht daran, daß Stresemann nur deshalb nicht an der Unterredung teilgenommen hat, weil der Außenminister die französische Sprache weniger gut beherrscht als der Kanzler. Stresemann hat sich nach der Meinung des „Paris-Soir" im Hintergrund gehalten, weil er dem Kanzler, der bei den Deutschnationalen ein größeres Vertrauen genießt, die schwierige Aufgabe der ersten Anknüpfung überlassen wollte. Inzwischen ist es bekannt geworden, daß Stresemann eine lange Unterhaltung mit Chamberlain gehabt hat. „Die Rollen sind gut verteilt," schreibt eine Nachmittagszeitung, „und die Deutschen erweisen sich als bessere Diplomaten, als wir geglaubt haben."

Das stürmische Werben des Grafen Skrzynski scheint manchem Franzosen auf die eNrven gefallen zu sein. Der polnische Außenminister ist in jedem Falle weniger in Paris beliebt, als sein Kollege Dr. Benesch, der, wie die Nachmittagsblätter melden, schon wieder einen Kompromißvorschlag fertig hat. Auf die Frage, wie Briand die Situation beurteilt, wurde einem französischen Journalisten geantwortet: „Mit vorsichtigem Optimismus."

Russische Teilnahme?

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

London, 8. Oktober.

In diplomatischen Kreisen geht das Gerücht um, daß **die Sowjetregierung versuchen wird, an der Konferenz von Locarno eventuell teilzunehmen,** daß sich jedoch Großbritannien einer offiziellen Anerkennung der Sowjetdelegierten widersetzen würde.

Die Landbundpleite

Schamhaftes Eingeständnis der „Schwierigkeiten"

Ueber die Genossenschaftsverluste im Landbund macht jetzt der Zeitungsdienst des Reichslandbundes einige zahlenmäßige Angaben, indem er behauptet, daß „15 oder 20 Landbundgenossenschaften in Schwierigkeiten geraten sind". Die legere Art, mit der hier von „15 oder 20" Genossenschaften gesprochen wird, erlauben wohl den Schluß, daß es ebensogut auch 30 oder 40 sein können. Aber gleichviel; auch die Pleite von 20 wirtschaftlichen Unternehmungen innerhalb weniger Monate will etwas bedeuten. Der Reichslandbund sieht sich zu dem Zugeständnis veranlaßt, daß die Leiter der Landbundgenossenschaften „nicht immer ihren Aufgaben gewachsen waren", aber er sucht seine Zusammenbrüche zu entschuldigen mit der „Unzahl von Pleiten privater Firmen". Eine faule Ausrede! Denn es steht fest, daß die Konkurse seit der Stabilisierung der Währung zwar gegenüber der Inflationszeit zugenommen, aber noch immer nicht den Stand der Vorkriegszeit erreicht haben. Schließlich gibt der Reichslandbund als die Ursache des Zusammenbruches die „elementaren Fehler unserer gesamten Wirtschaftspolitik" an. Hier stimmen wir ausnahmsweise einmal mit ihnen völlig überein; wir bedauern nur, daß er nicht hinzugefügt hat, daß der Reichslandbund seine deutschnationalen Führer und seine Freunde in der Reichsregierung die Hauptschuld an unserer jetzigen fehlerhaften Wirtschaftspolitik tragen.

Nationalistische Tollwut. In Italien hat der Kongreß des „Vereins Dante Alighieri" stattgefunden, der sich lebhaft mit der Italienisierung von Südtirol beschäftigte. Der Senator Tolomei verlangte die Abtragung des Denkmals Walthers von der Vogelweide in Bozen; an seine Stelle solle eine Statue des römischen Feldherrn Drusus errichtet werden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zuchthaus für Separatisten

Essen, 8. Oktober.

Nach vierzehntägiger Verhandlung wurde das Urteil im Kommunisten- und Separatistenprozeß gefällt. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagten Engelmeyer und Welthemathe wegen Meineides zu je ein Jahr und drei Monaten Zuchthaus. Das Gericht erkannte den Angeklagten außerdem die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren ab. Der Angeklagte Triebe wurde trotz dringenden Verdachtes mangels ausreichenden Beweises freigesprochen.

Man korrigiert sich in England

Wieder Verträge mit Deutschen

London, 8. Oktober.

Denjenigen städtischen Behörden Englands, die während des Krieges beschlossen haben, keinerlei Verträge mit deutschen Staatsangehörigen abzuschließen, ist vom Wohlfahrtsministerium nahe gelegt worden, die Rückgängigmachung dieser Beschlüsse zu prüfen. Diese Anweisung ist, wie „Evening News" erklären, die Folge des Abschlusses des deutsch-russischen Handelsvertrages.

Schnelldienst

Der Reichspräsident empfing gestern den deutschen Botschafter in Madrid, Freiherrn Langwerth v. Simmern.

Seit einigen Tagen haben im Auswärtigen Amt Verhandlungen mit der niederländischen Gesandtschaft über Ermäßigung einiger deutscher Zolltarifpositionen, die durch die Sätze der Zolltarifnovelle besonders belastet sind, begonnen.

Die Hamburger Schlichtungskammer fällte einen Spruch, der für die Seeleute eine Erhöhung der Löhne um fünf Prozent vorsieht, und zwar für die Zeit vom 1. Oktober 1925 bis zum 31. März 1926.

Agenzia Stefani teilt mit: Die Verhandlungen über den italienisch-deutschen Handelsvertrag sind nunmehr in die Schlußphase eingetreten, man kann die Zuversicht hegen, daß ein Abkommen vor Ende Oktober erzielt werden wird.

In dem wochenlangen Kölner Hafenarbeiterstreik ist vor dem ständigen Schlichter eine Einigung auf Grundlage einer vorläufigen achtprozentigen Lohnerhöhung zustandegekommen.

Die Warschauer Regierung ist mit amerikanischen Tabakfirmen wegen der Verpachtung des polnischen Tabakmonopols in Verbindung getreten.

Eine japanische Delegation unter Führung des japanischen Verkehrsministers Oita ist in Moskau angekommen, um an einer Konferenz teilzunehmen, die sich mit den Eisenbahnverhältnissen zwischen Japan und Rußland befassen wird.

In der Riesenhalle der Turngemeinde in Philadelphia fand eine deutsche Feier zur Erinnerung an die vor 242 Jahren erfolgte erste deutsche Einwanderung in Amerika statt; Professor Walter Schücking hielt die Festrede.

Handelspolitik Luther-Stresemann-Neuhaus

Keine Handelsverträge — Die gültige Zolltarifnovelle soll nicht gelten — Die Kündigung des deutsch-spanischen Handelsabkommens — Deutschland vor einem schmählichen Rückzug

Die deutsche Handelspolitik ist unter der Regierung Luther-Stresemann-Neuhaus, der Regierung der Großindustrie und des Großgrundbesitzes, zu einem traurigen Kapitel geworden. Die Handlspolitik nach innen und nach außen. Die Handelspolitik nach innen doktert mit kümmerlichen Mitteln an der Teuerung, die die Regierung durch ihre Steuer- und Zollgesetzgebung selbst geschaffen hat. Die Handelspolitik nach außen ist chaotisch und hat bisher der schwerbedrängten deutschen Industrie keine sicheren Märkte zu erschließen gewußt. Die kleine Zolltarifnovelle ist in Kraft getreten. Und: der deutsche Reichswirtschaftsminister hat vor wenigen Wochen drohen müssen, die Zollsätze dieser Tarifnovelle herabzusetzen, wenn die Preisbildung im Inlande ein durch ihre Sätze bedingtes Niveau erreicht, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese Sätze nur Verhandlungszölle, also ihrem Zweck nach provisorisch sind und im Wege von Handelsvertragsverhandlungen abgebaut werden sollen. So hat sich der chaotisch-wirre Zustand entwickelt, daß die Regierung mit Hilfe einer gefügigen Reichstagsmehrheit die parlamentarische Opposition niederschlägt, um ihr Zollgesetz durchzusetzen, und daß dieselbe Regierung, nachdem ihre Vorlage Gesetz geworden ist, mit der Veränderung des Gesetzes drohen muß, wenn sich die Wirtschaft die Vorteile ihres eigenen Zollgesetzes restlos zueigen macht.

Es muß wohl unterschieden werden: Jeder Staat besitzt einen autonomen nach eigenem Ermessen bestimmten) Zolltarif, und einen solchen Zolltarif stellt die im Hetztempo der ersten Augustwochen beschlossene Zolltarifnovelle dar. Dieser autonome Zolltarif ist dazu bestimmt, als Verhandlungsgrundlage zu dienen, und setzt — sofern nicht einzelne Zölle ausdrücklich als Mindestzölle bezeichnet werden — voraus, daß über die Höhe der Zölle im Einzelfalle bei Handelsvertragsverhandlungen ein Einverständnis mit den Vertragspartnern erzielt wird. Die Zollsätze sind also von vornherein zum Abbau bestimmt, und eine Anpassung des inländischen Preisniveaus an ihre Höhe bedeutet Wettbewerbsunfähigkeit, sobald die Zölle im Verhandlungswege herabgesetzt werden.

Früher war es anders. Früher wurde ein bis drei Jahre vor Ablauf der Handelsverträge das autonome Zollgesetz fertiggestellt. Und dann wurde verhandelt. So sind die Kompensationszölle des autonomen Zolltarifes überhaupt nie in Erscheinung getreten.

Dieser wirre Zustand, entstehend aus dem hochschutzzöllnerischen deutschen Zolltarif und dem Mangel jedes wirklichen Handelsvertrages, ist aber nur die eine Seite des Problems. Die andere ist, daß wir überhaupt zurzeit — abgesehen von Meistbegünstigungsverträgen mit England und den Vereinigten Staaten — keinen Handelsvertrag auf lange Frist haben. Im besten Falle bestehen einige kümmerliche und kurzfristige Provisorien, die inhaltlich auch auf die Meistbegünstigungsklausel beschränkt sind und keine Gewähr für langfristige Dispositionen geben. Für die reine Fertigwarenausfuhr mag dieser Zustand noch einigermaßen erträglich sein, obwohl auch hier jede systematische Bearbeitung des ausländischen Marktes wegen Unsicherheit der Verhältnisse unterbunden ist. Katastrophal aber ist es für die Industrien, die auf Bestellung liefern, und die von der Gefahr einer Stornierung mitten während der Ausführung der Bestellung bedroht sind, also insbesondere die Maschinen-, Elektrizitäts- und Stahlindustrie.

Mit Polen liegen wir in schärfstem Wirtschaftskrieg. Mit Frankreich ist trotz vielmonatiger Verhandlungen keine

Verständigung erzielt. Beide Länder wenden gegeneinander den autonomen Zolltarif an. Geradezu katastrophal aber ist die Lage durch die Kündigung des deutsch-spanischen Handelsabkommens geworden. Hier hat die Regierung, die so gern betont, daß sie über den Parteien steht, nicht geführt, sondern sie ist geführt worden. Die volle Wahrheit ist in weiteren deutschen Kreisen kaum bekannt. Die Wahrheit ist: In Madrid unterhandelte eine deutsche Delegation unter Führung des Grafen Lerchenfeld über eine einverständliche Abänderung des deutsch-spanischen Handelsabkommens. Mitten in diese Verhandlungen kommt die Nachricht von der einseitigen Kündigung des Abkommens durch die deutsche Regierung. Wir glauben, daß die deutsche Delegation von Madrid unter ziemlich unrühmlichen Umständen abgereist ist, und daß die Spanier nur dann an eine Wiedereröffnung der Verhandlungen denken, wenn Deutschland den ersten Schritt tut. Wer will deutscher Unterhändler sein? Wer will eine Regierung vertreten, die ihren Unterhändlern das Leben schwer macht, die — unter dem Druck einer kleinen Gruppe von landwirtschaftlichen Interessenten — die moralische Position ihrer Unterhändler vernichtet, die, mit einem Worte, nicht regiert, sondern regiert wird? Dabei ist gerade jetzt, wo das deutsch-spanische Handelsabkommen abläuft — der Termin ist der 16. Oktober —, die spanische Regierung in ausgezeichneter Position. Die spanische Südfruchtausfuhr beginnt erst im Januar nächsten Jahres. Solange kann die spanische Regierung ohne Schaden für ihr Land warten, wenn sie böses Willens ist, oder wenn sie den Deutschen in Erinnerung an die brüske Kündigung des Handelsabkommens nicht entgegenkommen will. Heute versucht Deutschland mit allen Mitteln, in Madrid in Verhandlungen zu kommen. Wenn diese Absicht bei den Spaniern Gegenliebe findet, so nur unter der Bedingung, daß das von Deutschland gekündigte Handelsabkommen während der Dauer der Verhandlungen, also auch über den 16. Oktober hinaus, in Kraft bleibt. Das heißt, eine Schlappe erleiden, das heißt, seine Niederlage auch nach außen hin zu deklarieren.

Die Folgen sind doppelter Natur. Die Regierung Luther-Stresemann-Schiele-Neuhaus posiert das deutsche Prestige im Auslande. Wie aber soll das deutsche Prestige gewahrt werden, wenn der letzte Orangenzüchter in Andalusien den jähen Wechsel zwischen Forschheit und Nachgiebigkeit sieht und die volle Niederlage der deutschen Handelspolitik in seinen täglichen Beziehungen merkt? Spanien hat sich während des Krieges und nach dem Kriege Deutschland nicht unfreundlich erwiesen. Unzählige Spanier haben auf die Wiedererholung Deutschlands gehofft und ihr Geld, zum großen Teile verführt durch gewissenlose deutsche Agenten, in deutschen Werten angelegt. Die Katastrophe der deutschen Mark war auch eine Katastrophe für das deutsche Ansehen in Spanien. Nun kommt noch diese unsinnige, ausschließlich von innerpolitischen Parteirücksichten beherrschte Handelspolitik hinzu. Und dann jammert die Journaille der Regierung Luther-Stresemann-Schiele über die Minderung des deutschen Ansehens in der Welt!

Die Rückwirkung ist aber noch anderer Art. Deutschland steht in ziemlich aussichtsreichen, wenn auch noch immer sehr mühevollen Handelsvertragsverhandlungen mit Italien. Die Italiener haben in der Kündigung des deutsch-spanischen Handelsabkommens ihren großen Trumpf gefunden. Sie haben tatsächlich durchgesetzt, daß ihnen die Sätze des gekündigten deutsch-spanischen Handelsabkommens über den 16. Oktober hinaus zugebilligt werden! Damit ist der Nonsens der Kündigung des deutsch-spanischen Handelsabkommens erst in bengalische Beleuchtung gerückt.

Deutsche Politik. Vor dem Schwurgericht Traunstein hatten sich vier Angeklagte zu verantworten, die nach der Anklage gelegentlich eines Wirtshausstreites den nationalsozialistischen Reisenden Mann durch Messerstiche so schwer verletzt hatten, daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat. Die Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt.

Gedankenzensur

Die „Ideen" eines Schriftstellers unter polizeilicher Kontrolle

Plakate verkünden für den Sonntag einen flammenden Protest gegen die beispiellose Vergewaltigung der Kunst durch Justiz und Polizei. Aber während die Plakate rufen, drosselt man Kunst und Künstler weiter ab.

Ein endgültiges Musterbeispiel für die Gewaltmaßnahmen der Zukunft ist sogar geliefert worden. Dieses Werk ist dem Ehrgeiz der Löwenberger Polizei vorbehalten geblieben. Hier in dem kleinen Städtchen in Schlesien hat man die Sachlage erkannt: nicht Polizei, sondern Inquisitoren braucht die Luther-Republik.

Dies hat sich ereignet: Der Schriftsteller Kurt Corrinth, wohnhaft in Löwenberg in Schlesien, erhebt sich eines Morgens, es war der 2. Oktober, ahnungslos, um die Arbeit an einem eben begonnenen Roman fortzusetzen, — als zwei Polizeibeamte bei ihm eindringen und dem Schriftsteller die Erklärung machen: man habe bei dem Löwenberger Bürger K. eine vor fünf oder sechs Jahren von ihm herausgegebene kleine Dichtung vorgefunden und sie als unsittlich beschlagnahmt. Sie hätten nunmehr den Auftrag, eine Haussuchung vorzunehmen und weiteres „unsittliches Material" zutage zu fördern. Nach zweistündiger Haussuchung hat man aus Corrinths Bibliothek zehn seiner früher veröffentlichten und bisher unbeanstandeten Druckwerke konfisziert. Nicht genug damit, sehen sich die Beamten auch veranlaßt, die geistige Umwelt dieses Schriftstellers zu visitieren und eine für das schlesische Städtchen Löwenberg ungewöhnliche und unverzeihliche Lebensart zu konstatieren. Die Beamten beschlagnahmen verdächtige Lektüren: „Die Abenteuer des Encolp" von Petronius, „Frühlingskranz für Clemens Brentano" von Bettina v. Arnim, „Salome" von Oskar Wilde, das „Buch Joram" von Rudolf Borchard, alles Werke, deren künstlerische Gültigkeit auch juristisch unangezweifelt ist. Das Stöbern der kontrollierenden Beamten ist nicht mehr zurückzuhalten, es nimmt nun groteske Formen an. Man durchsucht die Arbeitsmappe des Dichters. Notizblätter, Pläne, Ideen, zukünftige Werke werden sorgfältig geprüft. Ein Romanmanuskript von vier Seiten argwöhnisch betrachtet. Die Beamten, in Ideenkontrolle weniger erfahren als im Durchsuchen von Wäscheschränken, Koffern und Tapeten, ziehen sich jedoch enttäuscht zurück.

Die Polizei weiß ihre Ueberfälle auf Schriftsteller dramatisch zu steigern. Man begnügt sich nicht mehr, Bucheditionen zu unterfangen, Rezitationen zu verbieten, man ist bereits argwöhnisch geworden auf Ideen. Die Buchzensur wird von der Gedankenzensur an Gewalttätigkeit überboten. Der Schutzverband deutscher Schriftsteller hat sich dieser Angelegenheit angenommen und wird für Herrn Corrinth von den Behörden eine gründliche Genugtuung verlangen. Die Protestversammlung am 11. Oktober aber hält nun das beste Material in Händen.

*

Bei dieser Kundgebung gegen die Attentate auf die Freiheit der Kunst wird, wie wir noch hören, für die Schauspielerschaft Emil Lind das Wort ergreifen. Die Versammlung leitet der Präsident der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, Gustav Rickelt.

Im Kabarett „Die Rakete" hat man einen erbitterten Kampf mit der „Zeit" aufgenommen. Es gibt zu viel Zeit und zu wenig Kabarett. Der Grundsatz ist richtig und so hat man mit einem Nachmittagskabarett die Verkürzung des Tages begonnen. Die Vormittagsvorstellung aber stellt sich bereits als weiteres Bedürfnis ein, sagte Kurt Robitschek. — Das Nachmittagskabarett feierte nun bereits seinen Geburtstag. Nero-Morgan mußte zum 100. Male seinen vielbeklatschten Possentod in der Parodie „Quo vadis" sterben. Eine glückliche Idee, Geschichte in Operette, den Tyrannen in den Gaukler, Lorbeer in Petersilie zu verwandeln. Die Fortsetzung darf aber nicht ausbleiben: das Leben ins Kabarett zu verlegen; alsdann wollen wir unsere Zelte im Variétés aufschlagen und von Morgens bis Mitternachts zeitlos-selig den Unsinn der „Zeit" belächeln. W.

Lichtkämpfer im Konzertsaal. Die Arbeitsgemeinschaft der Bünde deutsche Lichtkämpfer gab in der Hochschule für Musik ihren ersten Abend des Winters. Frank Thieß las deutsche und ausländische Märchen, Frau Thieß-Losey sang alte Volksweisen. Thieß belebt das Wort mit der Liebe zur dichterischen Gestalt, aber in dem Maße, wie er die Mittel des Vortrags übersteigert, mindert er die Wirkung. Man hört ihm gern zu, aber wenn er die Mittel der Modulation und Gebärde noch stärker bändigte, würde man ihm noch lieber zuhören. Florence Thieß-Losey verfügt über gute stimmliche Mittel, aber — lag es an ihr oder an dem leeren Saal — ihr Vortrag blieb kalt. Der Sinn des Abends wurde im übrigen nicht recht klar. fz.

Den Abonnenten des Lessing-Theaters, die das Kleine Theater und das Trianon-Theater zu besuchen wünschen, kann auf jeden Platz eine Ermäßigung von 50 Prozent gewährt werden. Diesbezügliche Ausweiskarten können an der Abonnementskasse im Lessing-Theater in Empfang genommen werden.

Kredite für die Beamtenschaft

Auch die preußische Regierung gegen Besoldungserhöhung

Der Beamtenausschuß des preußischen Landtags beriet am Donnerstag nachmittag in einer Sitzung, die sich bis in die Abendstunden ausdehnte, über den kommunistischen Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von 300 Mark und Erhöhung des Zuschlages für die Beamtengruppen 1 bis 7 von 12½ auf 30 Prozent.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff nahm das Wort zu einer längeren Erklärung und betonte, daß diese Erklärung nach einer Kabinettssitzung am Mittwoch die einmütige Auffassung aller Staatsminister darstelle. Die Erklärung besagt, daß die einmalige Beihilfe für Preußen 88 Millionen Mark betragen würde, die dauernde Erhöhung 40 Millionen. Sämtliche Finanzminister, die in der vergangenen Woche unter Vorsitz des Reichskanzlers zusammengekommen waren, sind sich einig, daß zurzeit keine Besoldungserhöhung stattfinden kann. Zu diesem Beschluß ist das preußische Staatsministerium einmütig auch gestern gekommen.

Die preußische Staatsregierung versteckt sich nicht hinter dem Besoldungssperrgesetz und dem Reichsfinanzminister, sondern ist mit der Reichsregierung der Ansicht, daß zurzeit kein Weg vorhanden sei, um den Forderungen der Beamten nachzukommen.

Berichterstatter Abg. Simon (Soz.) tritt trotz dieser Erklärung der Regierung für den kommunistischen Antrag ein. Die Preissenkungsaktion sei erfolglos; die niedrigen Kornpreise seien nur vorübergehend. Abg. Zachert (Soz.) greift den Finanzminister, der eine Erklärung des Gesamtkabinetts abgegeben hat, an und wendet sich gegen seine Ausführungen. Abg. Müller-Hannover (Soz.) fordert eine sofortige Nachprüfung der Stellungnahme des Staatsregierung. Nach heftigen Angriffen des Kommunisten Kasper meint Abg. Ebersbach (Deutschnat.), es sei unmöglich, während der Durchführung der Preissenkungsaktion diese Besoldungserhöhungen vorzunehmen. Die **Preissenkungsaktion habe sich schon ausgewirkt.** (!) Schon im September sei ein Rückgang von 4,5 Prozent der Großhandelsziffern zu verzeichnen. Trotz der niedrigen Kornpreise merke der Verbraucher nichts von Verbilligung des Brotes. **Den Beamten müsse auf dem Wege des Kredits die Beschaffung von Wintervorräten ermöglicht werden.**

Abg. Bartels (Zentr.) sprach die Ansicht aus, daß man trotz der beachtenswerten Stellungnahme des Staatsministeriums versuchen müsse, der traurigen Lage der Beamtenschaft Rechnung zu tragen. Der kommunistische Antrag gehe jedoch zu weit und schade den Beamten nur.

Abg. Schwenck-Oberhausen (Wirtsch. Vgg.) wünscht zinslose Darlehen für die Beamten und Einbeziehung auch der höheren Beamtengruppen in die Notstandsaktion. Er regt ferner die Wiedereinführung der Vierteljahrszahlung an.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff erklärt, es sei unmöglich, im Landtag neue Steuergesetze durchzubringen, durch die die Wirtschaft noch mehr belastet würde. Sowohl die Reichsregierung wie sämtliche Finanzminister der Länder und die preußische Staatsregierung haben sich

gegen eine Wiedereinführung der Vierteljahrszahlung

einmütig ausgesprochen. Wenn man die Vierteljahrszahlung drittelweise einführen würde, so würde das für Preußen, das einen Besoldungsaufwand von 100 Millionen monatlich habe, am 1. Oktober und am 1. November zusammen einen Mehraufwand von 100 Millionen ausmachen, die aus den Krediten, die der Wirtschaft gegeben worden sind, genommen werden müßten. Die Kredite müssen aber zurückgegeben werden. Noch stärker als in Preußen werde die Auswirkung im Reiche sein. Die Gemeindespitzenverbände hätten in Uebereinstimmung mit dem Minister Severing erklärt, daß die Vierteljahrszahlung für die Kommunalbeamten unmöglich sei. Die finanzielle Lage für Preußen werde im Jahre 1926 noch bedrohlicher wegen der schon hervorgehobenen Minderung der Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer von 90 auf 75 Prozent. Der Fehlbetrag müsse durch neue Steuern gedeckt werden und es müssen die Ausgaben herabgedrückt werden.

Hierauf wurden die kommunistischen Anträge gegen die Antragsteller und Sozialdemokraten abgelehnt. Annahme fand der deutschnationale Antrag Ebersbach, sofort in Beratungen darüber einzutreten, ob es möglich sei,

der Beamtenschaft die Beschaffung ihres Winterbedarfes durch Hergabe von Krediten zu ermöglichen.

Annahme fand ferner der Antrag Meyer-Herford (D. Vp.), den Beamten und Lehrern zur Anschaffung von Wintervorräten und Winterkleidern zinsfreie Vorschüsse in angemessener Höhe mit der Verpflichtung ganz allmählicher Zurückzahlung zu gewähren. Ferner wurde angenommen der Zentrumsantrag, die staatlichen Kassen und Geldinstitute anzuweisen: 1. die den Beamten gegebenen Darlehen von sofort ab zinslos zu stunden; 2. die Fortsetzung der Rückzahlungen erst nach dem 1. Januar 1926 wieder eintreten zu lassen, mit der Maßgabe, daß die Rückzahlungsraten in der Regel zehn Prozent des auszuzahlenden Monatseinkommens nicht übersteigen dürfen; 3. zur Linderung besonderer Notlage im Einzelfalle Unterstützungs- und Vorschußgesuche mit besonderem Entgegenkommen zu prüfen und die staatlichen und staatlich geförderten Geldinstitute sowie die Beamtenbanken zu ersuchen, dieselben Erleichterungen zu gewähren und erforderlichenfalls auf Antrag diesen einen Kredit zur Verfügung zu stellen.

Protestversammlung der Beamten

Die tiefe Entrüstung der Beamten über die Lohn- und Gehaltspolitik des Reichsfinanzministers entlud sich gestern abend in der großen Protestversammlung des **Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes** in den Germaniasälen (Chausseestraße) in stürmischer Weise.

Der Saal war schon geraume Zeit vor Beginn bis zu den Emporen gefüllt. Der Vorsitzende begrüßt einleitend die erschienenen sozialdemokratischen Abgeordneten Richter und Kleinmeyer und die Vertreter der Presse. Herr Döbling, Vorstandsmitglied des A. D. B. nahm sodann das Wort zu folgenden Ausführungen: Die Beamtenschaft ist wieder um eine Erfahrung reicher, obwohl sie, durch Erfahrungen klug geworden, ihre Hoffnungen auf ein Minimum herabgesetzt hatte. Aber eine absolut brutale ablehnende Haltung wurde wohl von keinem Beamten erwartet. Bei Uebernahme der Regierung hat Luther das Wort gesprochen: „Wir fühlen uns dem Beamtentum engstens verbunden und sind entschlossen, uns für die gesicherte Rechtsstellung und auskömmliche Lebensstellung einzusetzen." Ein großer Teil der Beamtenschaft hat auf dieses Wort gebaut und baut zum Teil auch heute noch darauf. Zu diesem Wort gesellt sich der Ausspruch des Reichsfinanzministers v. Schlieben vom 31. Juli d. J. im Reichstag: „Sobald wir den Beamten helfen können, ohne Schädigungen der Reichsfinanzen heraufzubeschwören, dann werden wir auch helfen." Dieser Zeitpunkt ist eigentlich nun gekommen, da nach amtlichen Veröffentlichungen die Einnahmen des Reiches einen Ueberschuß von vielen hundert Millionen Mark ausweisen. Trotzdem erklärt der Finanzminister, Reich und Gemeinden seien in so schlechter Lage, daß an eine Aufbesserung der Beamtengehälter nicht zu denken sei. Der Reichsfinanzminister ist der Auffassung, daß der Ueberschuß nur vorübergehender Natur ist und die Finanzlage im nächsten Jahr einen so gewaltigen Tiefstand erreichen würde, daß dann erst recht eine Gehaltsaufbesserung ausgeschlossen ist. **Mit keinem Argument kann der Beweis geführt werden, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter unbedingt eine allgemeine Preissteigerung herbeiführen muß. In Wirklichkeit haben sich die Verhältnisse so entwickelt, daß eine Preissteigerung ohne Erhöhung der Beamtengehälter eingetreten ist.**

Die Regierung muß erkennen, daß sie in dem Widerstand der Beamten gegen ihre Maßnahmen einem mächtigen Massenwillen gegenübersteht.

Die Beamtenschaft muß von sich aus einen Weg finden, durch ihre Organisationen den aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und in berufter Abwehr als „Arbeitnehmer" zu handeln.

An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in der die Erbitterung der Beamtenschaft der mittleren und unteren Gruppen in stürmischer Weise zum Ausdruck kam. U. a. sprach der Abg. Kleinmeyer (vom Beamtenausschuß), der auf den Zusammenhang der wirtschaftlichen und politischen Fragen hinwies und auf den Umstand, daß viele Beamte dazu beigetragen hätten, diese Regierung in den Sattel zu heben. Der Landtagsabgeordnete Kasper (K. P.D.) und der Reichstagsabgeordnete Steinkopf (Soz.) ergriffen danach noch das Wort.

In einer Entschließung, die zur Annahme kam, heißt es u. a.: Die Versammelten fordern die Bundesleitung des A. D. B. auf, Wege zu finden zur Ergreifung von Kampfmaßnahmen, die durchgeführt werden müssen, um die Beamtenschaft aus ihrer wirtschaftlichen Not zu reißen. Der Ortsausschuß Groß-Berlin des A. D. B. wird beauftragt, das Ergebnis dieser Verhandlungen Anfang nächster Woche in einer öffentlichen Versammlung der Berliner Beamtenschaft bekanntzugeben."

Ein deutsches Filmkind

Da wir in Deutschland dem gestalteten Naturalismus der amerikanischen Filmkunst trotz aller Bemühungen in falscher Richtung — denn wir haben mit anderem aufzuwarten — nicht nahekommen, ist es schließlich kein Wunder, wenn auch das uns jetzt präsentierte deutsche Filmkind Lilo Hermann weit, weit davon entfernt ist, sich an der Krankheit des wahrhaft kindlichen Spiels mit einem Jackie Coogan zu messen. Wo Jackie unbeirrt von den flatternden Mänteln der Regisseure und dem glotzenden Auge des Objektivs er selbst bleibt, wie Rin-Tin-Tin und die Fox-Tiere, wo Jackie das Wunder der Natürlichkeit inmitten eines geschäftigen Kunstbetriebes ist, da erscheint die vierjährige Lilo Hermann mit den bereits angelernten Allüren der Diva, nicht ein Kind als Menschendarsteller, sondern bewußter und oft manierierter Darsteller eines Kindes.

Seine Umgebung hat schuld. Lilo hat sicherlich ein vortreffliches Filmgesicht und hat sicherlich mimische Gaben. Aber man macht ein tänzelndes Aeffchen aus ihr. Es ist sehr schade. Obendrein war der erste mit Lilo gedrehte Film „Der Leidensweg der kleinen Lilo" in Manuskript, Regie und Photographie derart zum Erstaunen hinter seiner Zeit zurück, daß einem der Appetit an der kritischen Würdigung des „ersten deutschen Filmkindes" darüber fast vergangen wäre. Die im Anschluß an diese Vorführung im Nelson-Theater gezeigten Ausschnitte aus dem zweiten Lilo-Film gaben dann wieder etwas Hoffnung. Vielleicht läßt die Lilo-Hermann-Gesellschaft den ersten Film lieber fallen und beginnt ihren Weg mit dem zweiten, nicht ohne noch einmal sorgfältig die Schere zur Hand zu nehmen. Die Väter der Lilo-Hermann-Produktionen lassen das Detail in einer Weise wuchern, die jede Wirkung ersticken muß. —rr—

„Größenwahn" im Oktober. Der Steich siegt im Kabarett über die Einzelnummer. Das neunteilige Oktoberprogramm des „Größenwahn" bringt nicht weniger als vier Exemplare dieser Gattung. Man ist es zufrieden, besonders wenn im vierten die reich bemittelte Trude Hesterberg ein fesselndes Beispiel vierfacher Verwandlungskunst zeigt. In den übrigen gab es — neben einigen Nieten und neben dem immer erfreulichen Schröder-Schrom — eine Prachtleistung: Otto Wallburgs schüchtern-explosiver Typ, saftig durchgezeichnet, reitet Attacken gegen die Zwerchfelle. Auf der Linie Hesterberg-Wallburg zeigte sich — in anderer Welt — Manfred Fürst mit seinen vortrefflichen Parodien auf Moissi, Wegener, Krauß, Pallenberg. Schade, daß die Kabaretts an ihrer unsinnigen Preispolitik festhalten. Sie könnten einen ganz anderen Konsum an Feuchtigkeiten und Stimmung haben. fz.

Seltsame Handwerkervertreter

Von

Bäckermeister **C. Hourtz**, M. d. L.

Wenn Handwerks- und Mittelstandsführer glauben, dem Handwerk den Rat geben zu müssen, bei den Rechtsparteien Heil zu suchen, so kann man darüber noch hinwegsehen oder den gegenteiligen Rat geben. Geht diese Verblendung aber so weit, daß die Arbeit demokratischer Handwerker für das Handwerk einfach totgeschwiegen wird in der Handwerkerpresse, dann geht die politische Voreingenommenheit zu weit. Das Handwerkerblatt bringt über das Verhalten der Handwerksvertreter bei den Zolldebatten auch nur ein Wort. Warum? Alle die schwarzweißroten Handwerksführer haben in einer Weise versagt, die für das Handwerk beschämend ist. Hätte nicht der demokratische Abgeordnete Klempnermeister Bartschat sich gegen die Belastung gewandt, dann hätte zu dieser für das Handwerk so wichtigen Frage im Plenum des Reichstags überhaupt kein Handwerker kritisch Stellung genommen. Bartschat führte hierzu anderem aus:

„Ich muß sagen, wenn man den Zolltarif durchsieht, so findet man kaum eine Position, die nicht auch die Interessen des Handwerks und Gewerbes berührt. Wenn ich zum Beispiel mit der Position 324 anfange, wo es sich um einen Stoff handelt, Bleimennig, den die Maler in ihrem Gewerbe verarbeiten, so ist hier der Zollsatz um das Fünffache erhöht. Auch Kollege Bachmann wird nicht bestreiten können, daß dadurch die Malerarbeiten wesentlich verteuert werden müssen. Genau so steht es bei den Schneiderartikeln, wo es sich um Stoffe, Garn, Seide und sonstige Zutaten handelt. Dasselbe trifft für den Schuhmacher beim Leder zu, dessen Zollsatz bedeutend erhöht ist. Ueber Sperrholz brauche ich nichts mehr zu sagen, nachdem der Kollege Dr. Rosenberg ausführlich darüber gesprochen und dabei gekennzeichnet hat, wie ein Mitglied des Hauses es fertig bekommen hat, seinen Namen unter eine Eingabe zu setzen, und dann nicht den Mut gehabt hat, im Ausschuß seine Meinung zu vertreten und gegen die Zollsätze zu stimmen."

Diese Haltung eines rechtsparteilichen Handwerkervertreters im Reichstag ist typisch. In Fachblättern und Innungsversammlungen, auf Tagungen und Kongressen randalieren und schimpfen sie herum über das Unrecht, welches durch Zolltarif und Steuergesetze den breiten Massen des Volkes und dem Mittelstande angetan wird. Dagegen im Reichstag sind sie feste Stützen dieser volksschädigenden Zoll- und Steuerpolitik. Von keiner Seite wurde dem Demokraten Bartschat fetundiert, als er im weiteren Verlauf seiner Rede die Zollerhöhungen bei Fensterglas, Drahtglas, Spiegelglas, Uhrenstücken, Mauersteinen, Getreide, Mehl usw. usw. kritisierte und schimpfen sie herum über das Unrecht, welches durch Zolltarif und Steuergesetze den breiten Massen des Volkes und dem Mittelstande angetan wird. Dagegen im Reichstag sind sie feste Stützen dieser volksschädigenden Zoll- und Steuerpolitik. Von keiner Seite wurde dem Demokraten Bartschat fetundiert, als er im weiteren Verlauf seiner Rede die Zollerhöhungen bei Fensterglas, Drahtglas, Spiegelglas, Uhrenstücken, Mauersteinen, Getreide, Mehl usw. usw. kritisierte und den Anziehen der Preise vorausſagte. Als Folge dieser rechtsorientierten Vertretung des Mittelstandes wendet sich eine noch nie gekannte Erregung gegen die Handwerker und den Einzelhandel ob der dauernd steigenden Preise. Die Regierung, Industrie und Großagrarier, denen die sogenannten Mittelstands- und Handwerkerabgeordneten den Segen der Zollgesetze mit in die Scheuer geschafft haben, drängeln auf den Handwerker und Kleingewerbetreibenden herum mit der Behauptung, diese Kreise seien die Schuldigen an dem Klettern der Preise für alle Nahrungs- und Gebrauchsartikel.

Aber auch die Wirtschaftspartei hat in geradezu auffallender Weise ihre Unfähigkeit gezeigt, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten. Kennzeichnend ist der Parteiname dieser „Wirtschaftspartei", der dieser Tage in Köln stattfindet. Diese Partei, der eine große Zahl Handwerker nachlaufen, hat sich immer stramm rechts eingestellt und jeden Angriff auf die breiten Volksmassen unterstützt. Diese Leute haben sich eingebildet, für solches Verhalten belohnt zu werden, und empfangen nun Fußtritte, die ihnen recht schmerzlich sind. Immer hat man den Wählern vorgegaukelt, wie vorteilhaft das Zusammengehen mit den Rechtsparteien sei, wie glänzend sich das Geschäft verbessern müsse ob solch kluger Taktik. Nun stehen sie da, nicht nur als die Betrogenen, sondern auch noch Spott und Hohn haben sie einstecken für ihre tatkräftige Hilfe bei der Ausplünderung des Volkes durch Steuer-, Zoll- und Aufwertungsgesetze.

Polizeiverbot gegen Ideen

Thüringen hat nichts zugelernt

Weimar, 8. Oktober.

Die für gestern abend in Weimar einberufene öffentliche Versammlung des deutschen Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit wurde im letzten Augenblick von der thüringischen Bürgerblockregierung verboten. In der Begründung heißt es, daß die für die Versammlung vorgesehene Themen, politische Lage, Kriegsgefahr, Beschaffenheit eines neuen Krieges an sich unverfänglich erschienen, daß sie aber eine ganz andere Bedeutung gewinnen, wenn man ihnen die von der Internationalen Frauenliga in Weimar verbreiteten, von der Deutschen Liga für Menschenrechte herausgegebenen Broschüren zugrunde lege. Der Minister des Innern meint, bei den Verhandlungsgegenständen sei ohne weiteres anzunehmen (!), daß die Ausführungen im Zusammenhang mit dem Inhalt der erwähnten Broschüre ständen. Es bestehe daher eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Als Ergänzung für die verbotene Versammlung betrieben die Gewerkschaften einen Diskussionsabend nach dem Volkshause ein, an welchem die Frauen der Liga als Gäste teilnahmen. Diese Versammlung nahm einen eindrucksvollen und würdigen Verlauf.

*

Glauben die thüringischen Kirchturmspolitiker, die für das kurzsichtige Verbot verantwortlich sind, daß sie mit solchen Methoden den Siegesmarsch der von der Frauenliga vertretenen Ideen aufhalten können? Auch unter Wilhelms glorreicher Regierung glaubte man mit polizeilichen Verboten unbequeme Wahrheiten erledigen zu können. Das ist auch ein Grund, weshalb Wilhelm II. heute in Holland sitzt. Kann das die regierende Reaktion in Thüringen nicht begreifen, will sie daraus nichts lernen?

Auflösung der Freimaurerlogen

Mussolinis Bedrohung der Verbannten

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

Rom, 8. Oktober.

Infolge der ernsthaften Zwischenfälle, die sich in Florenz anläßlich der Ermordung des Sekretärs der Florenzer Faszisten ergeignet haben, und bei denen vier Personen getötet und mehrere verwundet wurden, hat der Großmeister der italienischen Freimaurerlogen, Torrigiani, gestern ein Dekret erlassen, demzufolge **alle Freimaurerlogen in der Provinz Boscana aufgelöst werden** sollen. Um weiteren Angriffen auf die Freimaurer vorzubeugen, will der Großmeister in kurzem ein Rundschreiben veröffentlichen, wodurch auch noch andere Logen aufgelöst werden sollen. — Von seiten der Regierung sind den Verbannten, die die faszistische Regierung unter den italienischen Emigranten in Mißkredit zu bringen versuchen, schwere Strafen angedroht worden. Die italienischen Konsuln im Auslande werden Anweisungen erhalten, wonach sie allen denjenigen, gegen die das neue Gesetz Anwendung findet, Visa und Pässe verweigern sollen.

Das Schul-Landheim

Eine Tagung im Zentralinstitut – Noch immer reaktionäre Vorurteile

Wer die „höhere Schule" in Deutschland wirklich kennt, der weiß: mit kleinen Reformen ist hier nichts zu machen. Unsere höheren Schulen sind so tief versunken in Bureaukratismus, Schematismus, Intellektualismus, sind so fern jeder wirklichen Kenntnis der Kindesseele, damit auch jeder Möglichkeit, auf Kinder und Jugendliche erzieherisch einzuwirken, daß nur eine ganz entschiedene Schulreform, eine ganz radikale Lehrerbildungsreform helfen kann.

Dennoch haben natürlich auch Reformversuche an isolierten Punkten durchaus ihren Wert, wenn die Reformer sich von vornherein über die beschränkten Auswirkungsmöglichkeiten ihrer Teilaktion klar sind, und wenn sie wenigstens auf diesem begrenzten Felde mit Mut und neuem Geist vorangehen. So sah man doch mit einigen Erwartungen der Tagung entgegen, die das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in diesen Tagen zur Frage des Landheimes einberufen hatte. Aber es gab eine bittere Enttäuschung — und eine sehr instruktive Darstellung des traurigen Tatbestands, daß auch diejenigen unter den Lehrern der höheren Schulen, die sich wunder wie radikal vorkommen, und sicherlich auch noch relativ „fortschrittlich" sind, in Wahrheit noch nicht einen Hauch des Neuen verspürt haben. Ja, es stellte sich immer mehr heraus,

daß diese Oberstudiendirektoren, Geheimräte, Ministerialdirektoren noch nicht einmal begriffen haben, um was es den Erneuerern des deutschen Schulwesens eigentlich geht,

daß vielmehr diese Herren vom Fach unermüdlich und unwiderleglich die alten Vorurteile gegen Arbeitsschule, Gemeinschaftsschule usw. vorbrachten. O, es ist schwer, keine Satire zu schreiben.

Die Landheimbewegung, um das kurz zu sagen, wünscht für alle Schulen außerhalb der Stadt Heime, in denen die Schüler mit ihren Lehrern reihum zwei bis vier Wochen im Jahre verbringen. Man will das aus gesundheitlichen wie erzieherischen Gründen — wie denn diese Heime zunächst zur Bekämpfung der körperlichen Schwäche unserer Jugend infolge der Kriegszeit entstanden sind. Aus diesem Grunde allein verdient die Bewegung tatkräftige Förderung von städtischen und staatlichen Behörden (was heute noch allenthalben zu vermissen ist). Deshalb gibt es auch erst etwa hundert solcher Heime, in erster Reihe stehen hier die Hamburger, die sächsischen, die westdeutschen Städte.

Das Schmerzliche und Bedauerliche ist nun, daß von den erzieherischen Absichten, die doch auch in diesen Heimen verwirklicht werden sollen, in der Praxis so gut wie nichts zu merken ist. Welche Möglichkeiten gäbe es hier, in der freien Natur, in Ungebundenheit, im Zusammenleben bei Tag und Nacht, in Freud und Leid! Statt dessen ist die größte Sorge dieser Herren von der höheren Schule (die leider weit in der Ueberzahl waren), wie ein Ausgleich für diese zwei bis vier Wochen im Jahre in unterrichtlicher Hinsicht zu schaffen sei. Welch Gedanke, daß die Kinder einige mathematische Konstruktionen weniger ausführen, etliche Geschichtszahlen nicht lernen, einige Caesar-Kapitel nicht übersetzen könnten! Ob sie nicht vielleicht anderes, wertvolleres „lernten", sich zu neuer Arbeit körperlich und seelisch stählten? Aber es ginge dann allerdings wohl nicht ganz in den vorgeschriebenen Tempo voran. O, über diese Pedantenfresser!

So ist man tatsächlich fast überall dazu gekommen, draußen den alten Fachunterricht weitergehen zu lassen, täglich vier bis fünf Stunden zu unterrichten (Turnen, Zeichnen, Gesang usw. nicht eingerechnet) — und das alles nicht einmal im Freien, sondern zum Teil in Klassenräumen mit Katheder, Wandtafel usw. „Selbst aus dem Spiel heraus muß Unterricht erwachsen," erklärte ein Redner, „wir haben nicht Zeit, wochenlang zwecklos zu spielen." Dabei muß aber dann tüchtig gepaukt, den nächsten Tag das Wissen wieder „abgenommen", ein fester Stundenplan innegehalten werden. „Die größte Gefahr," verkündete ein Berliner Studienrat, „ist ein Unterricht, bei dem die Jungens garnicht merken, daß unterrichtet wird." Sehr richtig: man soll den Gefangenen nur spüren lassen, daß ein Gefängnis kein Erholungsheim ist.

In dieser Atmosphäre waren begreiflicherweise zwei Bremer Volksschullehrer, Mitarbeiter an einer der dortigen Versuchsschulen, ziemlich isoliert. Ihre interessanten Darlegungen über den Bau eines Landheimes durch die unerhört opferwillige Elternschaft, über das fröhliche Gemeinschaftsleben, über den gelegentlichen, an jeden Eindruck, jedes Erlebnis anknüpfenden Unterricht konnten hier nicht auf fruchtbaren Boden fallen. Eine Hamburger Volksschullehrerin unterstrich, daß für die Volksschule ein systematischer Unterricht im Landheim nicht in Frage komme, daß überhaupt alle Arbeit dort draußen völlig freiwillig, aber darum um so freudiger getan würde.

Zwischen diesen beiden Parteien, der großen der Reaktionäre und der kleinen der fortschrittlich Gesinnten, standen zwei Männer: Borbein, der Präsident des hessen-nassauischen Schulwesens, und der Frankfurter Stadtrat Jaspert, der „Vater der Wegscheide". Beides wahrlich keine Stürmer und Dränger, aber menschlich überaus sympathisch und von erfrischendem Humor innerhalb dieser philiströsen Gesellschaft. Jasperts Vortrag über die „Wegscheide", auf der seit fünf Jahren jährlich achttausend Frankfurter Kinder vier Wochen Erholung und frisches, fröhliches Gemeinschaftsleben finden, war der einzige Höhepunkt dieser Tagung.

Die Mehrzahl der Anwesenden wollte aber selbst von den bescheidensten Freiheiten nichts wissen.

Geradezu erschreckend war immer wieder der forciert forsche Ton, mit dem hier von Jugenderziehern schärfste Disziplin und Straffheit gefordert wurde.

Man dachte unwillkürlich an die alten Kadettenanstalten, wie sie uns Leppold v. Wiese so furchtbar geschildert hat. Nur mit tiefem Erschrecken hörte man die Ausführungen über die sexuelle „Erziehung", die von diesen Herren durch strengste Ueberwachung („Keine Minute dürfen die Bengels aus den Augen gelassen werden") spielend bewältigt wird. Und außerhalb der Schule, wenn die Ueberwachung fehlt? Ach, darauf kommt es ja nicht an; einzig wichtig, daß die Schule keinen Vorwurf bekommen kann.

Natürlich fehlten auch nationalistische Töne nicht. „Da führten wir die Hermannsschlacht auf, na, und da es gerade der Sedantag war, wurde auch darüber ein Vortrag gehalten." Warum auch nicht. —

Die Herren meinten, durch ihre Ausführungen, besonders über die Notwendigkeit eines stundenplanmäßigen Unterrichts, hätten sie alle Einwände gegen die Landheimbewegung (von noch reaktionärerer Seite) restlos widerlegt. Ohne Zweifel. Nur haben sie leider gleichzeitig das Landheim zum Sinn und Wert gebracht.

Dr. W. F.

Der Skandal beim sächsischen Volksopfer

Die Rolle des Landbunds

Dresden, 8. Oktober.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtags hat wegen des Skandals beim sächsischen Volksopfer eine Anfrage eingebracht, die um Auskunft ersucht, ob die auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 erteilte Genehmigung des sächsischen Volksopfers von Bedingungen abhängig gemacht und ob bei Erteilung der Genehmigung die Eignung der mit der Geschäftsführung betrauten Personen geprüft worden sei. Durch die Beantwortung dieser Anfrage wird sich herausstellen, daß, wie wir zuverlässig erfahren, die Organisation des Volksopfers überhaupt niemals genehmigt worden ist. Die Sammlung wurde nämlich im November 1923 in den Tagen des Ausnahmezustandes durch den Wehrkreiskommandeur Müller auf Grund der Exekutivgewalt ins Leben gerufen. Sie nahm damals eine ausgesprochen rechtspolitische Färbung an, was nicht auf General Müller persönlich zurückgeführt zu werden braucht.

An der Organisation war u. a. auch der sächsische Landbund beteiligt, und es ist bezeichnend, daß dieser sich monatelang mit Händen und Füßen gegen die später vollzogene Einordnung des Volksopfers in die staatliche Sammlung der Sachsenhilfe als Dach-Organisation sträubte. Jetzt wird bekannt, daß die von Dr. Meißner nach dessen Auslage an Rechtsorganisationen abgeführten Summen verbucht worden sind. Und es taucht die Frage auf, ob Meißner diese Buchungen zur Verschleierung von Unterschlagungen nur fingiert hat oder ob die Gelder den Rechtsorganisationen wirklich zugeflossen sind. In jedem Falle aber legt die Tatsache der Buchungen den Schluß nahe, daß die Leitung oder einzelne Personen in ihr mit derartigen Zuwendungen, mögen sie nun erfolgt sein oder nicht, einverstanden waren. Der Prozeß, der sich ja nur mit der rein kriminellen Seite der Affäre befassen wird, wird hier kaum Licht hineinbringen, wahrscheinlich aber die vom Wohlfahrtsministerium durch Anforderung der Belege eingeleitete Untersuchung. Schließlich wird man sich im Landtage bei der Behandlung der erwähnten sozialdemokratischen Anfrage mit der Sache befassen.

Der jungdemokratische Verband Groß-Berlin, dem all die demokratischen Jugendgruppen Berlins angehören, will den Versuch machen, ausgedehntere Arbeitsgemeinschaften ins Leben zu rufen, deren Erfolg und Arbeit naturgemäß gründlicher sein können als bei gelegentlichen Vorträgen. Vorgesehen sind bisher: „Die Technik des Vortrages" (Leiter Richard Wimmers) und eine „Arbeitsgemeinschaft für Politik und Wirtschaft" (Leiter Ernst Schein). Ferner wird ein unentgeltlicher Kursus für Buchhaltung und Handelskorrespondenz abgehalten.

Der „Königliche Kantor". Das preußische Kultusministerium hat in einem Beschwerdefalle folgenden Bescheid erteilt: „Es trifft zu, daß der Hauptlehrer Wachholz in Rössel (Ostpreußen) das Abgangszeugnis einer Schülerin der evangelischen Hindenburg-Schule daselbst unter dem 2. April 1925 mit folgender Unterschrift ausgefertigt hat: „Der Hauptlehrer (gedruckt) R. Wachholz, Königl. Kantor (geschrieben)." Daß er dabei die Absicht gehabt hat, einen Gegensatz zwischen seiner Eigenschaft als früherer Beamter der Monarchie und seiner jetzigen Beamteneigenschaft hervorzukehren, ist nicht anzunehmen. Die Regierung hat ihn darauf hingewiesen, daß er die Bezeichnung „Königlich" nicht mehr zu führen habe, weil sie unsinnig sei und zu irreführenden Deutungen Anlaß gebe." — Die Zurückweisung der Amtsbezeichnung, die dieser republikanische Beamte beliebte, als „unsinnig" ist deutlich. Das Ministerium glaubt aber wohl selbst nicht, daß ausgerechnet in Ostpreußen mit der Bezeichnung „Königlicher Kantor" nicht die Absicht verbunden gewesen sei, den Gegensatz zwischen der Eigenschaft als früherer monarchischer Beamter und jetzt hervorzukehren.

Der endgültige Reichswirtschaftsrat

Stellungnahme des Gewerkschaftsrings

Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hat in den letzten Tagen in einem ausführlichen Schriftsatz zu den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrates für die Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates Stellung genommen. Der Gewerkschaftsring begrüßt hiernach die Absicht, das in Gestalt des vorläufigen Reichswirtschaftsrates bereits länger als fünf Jahre bestehende Provisorium durch eine endgültige gesetzliche Regelung abzulösen, doch kann er die Art und Weise, in der dies geschehen soll, in mehrfacher Beziehungen nicht gutheißen. Insbesondere wird es als mit den Aufgaben und der ganzen Stellung des Wirtschaftsparlaments als unvereinbar bezeichnet, der Reichsregierung einen so starken Einfluß auf die Geschäftsführung einzuräumen, wie dies in den Entwürfen vorgesehen ist, und seinen schärfsten Ausdruck in der Bestimmung findet, nach der der Vorsitz in sämtlichen Ausschüssen in den Händen eines Regierungsvertreters liegen soll. **Die Beschränkung der Mitgliederzahl auf zwei Fünftel des bisherigen Bestandes hält der Gewerkschaftsring ebenso für zu weitgehend wie die Altersgrenze von 30 Jahren für die Mitgliedschaft.**

Die Vorlage von Gesetzentwürfen zwecks Begutachtung soll unter Ausdehnung auf alle wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entwürfe zu einer Verpflichtung der Regierung gemacht werden. In der gleichen Weise soll das Recht des Reichswirtschaftsrates, die Einbringung seiner eigenen Gesetzentwürfe im Reichstage von der Regierung verlangen zu können, erweitert werden. Auch soll die Bestellung von Untersuchungsausschüssen erleichtert, ihre Zusammensetzung gerechter gestaltet und die überragenden Befugnisse des Vorsitzenden zugunsten des Ausschusses eingeschränkt werden. Schließlich wird u. a. eine Beseitigung der erschwerenden Bestimmungen für die Einberufung von Vollversammlungen gefordert.

Zum Lordmayor von London ist für das neue Jahr an Stelle Sir Alfred Bowers Sir William Pryte von dem Livery Men der City aus London gewählt worden.

Verantwortliches Redakteurs: für Politik, Feuilleton und die Beilagen: Alfred Müller, Berlin; für Groß-Berlin und den übrigen Teil des Blattes: Heinrich Heppenheimer; für den Inseratenteil: Paul Grätz; sämtlich in Berlin. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Heute: „Illustrierte Haus- und Garten-Zeitung"

Laxin

Das wohlschmeckende, gelind abführend wirkende Konfekt für Erwachsene und Kinder. Dose M. 1.50

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

Frisches Fleisch

Kalbskamm und Brust Pfund **90** Pf.
Kalbskeule u. Rücken, Pfund **1** M
Hammel-Vorderfleisch, Pfd. **80** Pf.
Schweinebauch Rücken u. Blatt, Pfd. **1**20
Gehacktes . . . . **80** Pf.

Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm und Brust Pfund **58** Pf.

Rotwurst und Zwiebelleberwurst, Pfd. **75** Pf.
Landleberwurst und Brühwurst, Pfund **1**20
Fleischwurst Mortadella, grob. Mettw. **1**40
Zervelat- und Salamiwurst, Holst., Pfd. **1**95
Schinkenspeck ca. 1-Pfund-Stücke, Pfund **2**15

Gouda dänischer Pfund **78** Pf.
Stangenkäse Allgäuer, Pfund 1,10 **90** Pf.
Tilsiter Pfund **82** Pf. vollfett **1**15
Holländer und Edamer, Pfund **1**10
Schweizer Pfund dän. **1**25 bayr. **1**60

Linsen gut kochend Pfund **18** Pf.
Weizenmehl Pfund **19** Pf.
Java-Reis (Bruch) Pfund **24** Pf.
Schnittnudel. (Eier) Pfund **42** Pf.

Margarine 1/2 Pfd. Schwan im Blauband **45** Pf.
Speisetalg 1-Pfund-Paket **72** Pf.
Tafelbutter 1/2 Pfund-Paket **1**03 **1**15
Dän. Butter 1/2 Pfd. Paket **1**25

Kaffee frisch gebrannt 6 Sorten, von **2**60 bis **4**60

Rot-, Wirsing-, Weißkohl, holländ., Pfund **4** Pf.
Kürbis . . . . Pfund **4** Pf.
Mohrrüben gewasch. Pfund **5** Pf.
Rübchen märkische Pfund **7** Pf.
Blumenkohl Kopf von **8** Pf. an
Sellerie gr. Knollen Pfund **35** Pf.

Tomaten Pfund **10** Pf.
Kochbirnen Pfund **15** Pf.
Eßäpfel Alexand. Pfund **20** Pf. Renetten Pfd. 22 Pf.
Preiselbeer. Pfund **20** Pf.
Kurtrauben Meraner, Pfund **32** Pf.
Bananen Jamaika, Pfund **48** Pf.

Hirschblätter Pfund 90 Pf. u. **80** Pf.
Hasen gestreift u. ausgeworfen Pfund 1.40 u. **1**10
Junge Gänse Pfund 1.40 u. **1**10
Fettgänse (Warthebrucher) Pfd. von **1**45 an
Suppenhühner Pfund von **1**20 an

Konserven

	Dose 1 1/2	1/1		Dose 1/1	
Schnittbohnen I	1 40	95 Pf.	Stangen-Spargel extra stark 1/2 Dose	2 10	3 95
Leipziger Allerlei . . .		83 Pf.	Konfitüren Erdbeer, Aprikosen, Kirschen 2 Pfund-Eimer		1 42
Gemischtes Gemüse fein		1 70	Ananas Hawaii, ca. 8 Scheib.		2 50
Erbsen sehr fein		2 10	Kalifornische Aprikosen		2 25
Bruchspargel dünn . . .		2 10	Kalifornische Pfirsiche		2 75
Stangen-Spargel sehr stark 1/2 Dose	2 M	3 80			

Dr. A. Oetker's Fabrikate

in Paketen

Backpulver „Backin" . . **8** Pf.
Vanillinzucker . . . . . **6** Pf.
Soßenpulver . . . . . . **5** Pf.
Schokol.-Pudd. (Kakao) **10** Pf.
Rote Grütze . . . . . **12** Pf.
Gala-Schokol.-Pudding **15** Pf.
Blattgelatine weiß u. rot **15** Pf.
Puder-Pudding . . . . **10** Pf.
Puddingpulver holländ. Art **18** Pf.
Grießpudding verschied. Geschmack **10** Pf.
Puddingpulver türk. Art **25** Pf.
Delikateßpudding **25** Pf.

Fische

Grüne Heringe Pfund **22** Pf.
Kabeljau ganze Fische, Pfd. **25** Pf.
Schellfische . . . Pfund **28** Pf.
Frische Zander . . Pfund **1**15
Spiegelkarpfen lebende Pfund **1**30

Bücklinge Pfund 45 Pf. u. **37** Pf.
Flundern Ahlbecker, Pfund **45** Pf.
Sprotten Pfund **58** Pf.
Räucheraale Bund **63** Pf.

Brezeln Stück **50** Pf.
Mandelkranz Stück **50** Pf.
Mohnstang. Stück **55** Pf.
Marzipanstang. Pfund **65** Pf.

Preise für 1/1 Flasche einschließl. Steuer ohne Glas

Edel-Apfelwein aus Tafelobst **65** Pf.
1923 Hainfelder milder Oberhaardtwein **90** Pf.
1924 Nitteler Leiterchen Riesling, Mosel, süffig **1**10
1923 Oppenheim. Garten lieblich **1**35
1920 Berncasteler rassig. Mosel **1**60
1921 Liebfraumilch II rote Kapsel, mild **2**25
1922 Dhroner Roterde Riesl. Mosel, sprit., bestech. schön **2**75
1921 Haut Sauternes weißer Bordeaux, feine Süße **4** M

1922 Grandes Côtes französischer Rotwein **1**10
1922 St. Justin Castill. Ripalda milder spanischer Rotwein **1**50
1918 Beaujolais Burgund. voll . . **2**10
Tarragona extra Qual. (Salv. Cervera Valencia), rot, süß **1**65
Lagrimas Christi Gold-Malaga edelsüß **2**10
Deutscher Weinbrand einschließlich Flasche **3**20
Jamaica-Rum-Verschnitt * 40 Vol. Prz. mit Flasche **4**30
Fruchtschaumwein vorzügl. Qual. mit Flasche **1**40

Spezial-Mischung mit 20 Prozent Bohnenkaffee **76** Pf. mit 40 Prozent **1**40

• Theater • Konzerte •

Staatstheater

Opernhaus 8 Uhr: 219. V. **Intermezzo.**
Op. a. Königspl. 7 1/2 U. 216. V. **Der flieg. Holländer.**
Schauspielh. 8 Uhr: 225. V. **Wallensteins Tod.**
Schillerth. Charlbg. 8 Uhr: **Charleys Tante.**

Deutsches Theater. Zum 25. Male 8 Uhr: **Man kann nie wissen** von Shaw / Regie: Engel. Mewes, Mosheim, Brausewetter, Fernau, Hermann - Schaufuss, Schindler, Vallentin, Wolfgang, Gerlach-Jacoby. Preise von M. 1.50 bis M. 12.—
Kammerspiele. 8 Uhr: **Mann - Tier - Tugend** von Pirandello / Regie: Henckels. Gülstorff, Homolka, Decarli, Bildt, Hiller, Stein.
Die Komödie. Kurfürstendamm 207. 8 Uhr: **Gesellschaft** v. Galsworthy / Reg.: Max Reinhardt. Eckersberg, Helene Thimig, Ralph, Deutsch, Götz, Hartmann, Hollmann, Klöpfer, Kühne, Otto, Romanowsky, Schnell, Schroth, Stifter.

Theater am Nollendorfplatz. Täglich 8 Uhr: Heute **50.** Male: **Die hellblauen Schwestern.** Romantische Operette von Ed. Künneke. H. Gorina, Ed. Lichtenstein, F. Gross, E. Müller, H. Falk, A. Hell.

Barnowsky-Bühnen
Theater i. d. Königgrätzerstr. 8: **Wie es euch gefällt.** Sonnabend und Sonntag 7 1/2: **Don Juan und Faust.**
Die Tribüne Täglich 8 Uhr: **Zurück zu Methusalem**
Komödienhaus Täglich 8 Uhr: **Margarine**

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Der Kaufmann von Venedig.** Agnes Straub, Granach, Manz, Reuss, Ritter, Schmidt.

Casinotheater 8 Uhr: Nur bis Freitag **Der kühne Schwimmer**

Deutsch. Künstler-Theater. Täglich 3/4 8 Uhr: **Gastspiel Fritzi Massary Die Teresina.**
Theater a. Kurfürstendamm. Täglich 8 Uhr **Der gläserne Pantoffel.**
Th. am Schiffbauerdamm. 8 Uhr **Lady Fanny und die Dienstbotenfrage.**
Lustspielhaus. 8 Uhr **Ritter Blaubarts achte Frau.**
Wallner-Theater. Täglich 8 Uhr: **Meiseken.**

Residenz-Theater Letzte Vorstellungen! 8 Uhr: **„Jugendfreunde"** Boeklin, Dewis Eggstorff, Emmering, Elzer, Ley, Merkwitz, Sabo, Semmler. Vorzeiger d. Anzeige zahlen nur halbe Kassenpreise

Thalia-Theater 8 Uhr Zum 100. Male: **„Annemarie"** Lotte Neumann, Paul Heidemann, Josefine Dora, Baselt, Diegelmann, Metelka, Wilfan. Stg. Nachm. 3 1/2 Uhr: Kleine Preise! **„Im weissen Rössl."**

Theater in der Kommandantenstrasse 8 Uhr Zum 327. Male! **Marie Escher a. G.** **„Anneliese von Dessau."** Stg. Nachm. 3 1/4 Uhr: Kleine Preise! **„Anneliese von Dessau."**

Städtische Oper Freitag, 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Abonnementsturnus 2 **Tiefland.**

LUNAPARK Sonntag geöffnet.

Berliner Theater 8 Uhr: Gastspiel Kammersänger **Richard Tauber** **Eine Nacht in Venedig** Operette in 3 Akt. v. Johann Strauss. Musik. Einrichtg. v. E. W. Korngold. Milowitsch, Wörner, Perry, Feiner, Balden, Schwanneke. Ab Freitag, den 16. Oktober **Gastspiele des Moskauer Künstlertheaters Musikalische Bühne** I. Abend: **Lysistrata.**

Central-Theater. 8 Uhr: **Trieschübel.**

Neues Theater am Zoo. Täglich 8 1/4 Uhr: **Olly-Polly** Operette von Walter Kollo. Emmy Sturm / Curt Bois.

Herrnfeld Theater. - Bülowstrasse 6. Täglich 8 Uhr: **Was tut sich im Séparée?** mit Anton Herrnfeld. *

Trabrennen Mariendorf. Freitag, den 9. Oktober, nachmittags 1 Uhr.

Apollo-Theater 8 U. Dir. James Klein **Der Mann, — der sich verkaufte** ens. Schausp. i. 10 Bld. **Bruno Kastner a. G.** Vorverk. d. ganz. Tag

Großes Schauspielhaus Norden 2951/53. SONNTAGS: 2 Vorstellungen nachm. 3 Uhr zu ermäßigten Preisen. **Für Dich!** Die große Charell-Revue (300 Mitwirkende) tägl. 8 1/4 Uhr. Preise der Plätze: Parkett M. 5.—, Balkon M. 4.—, 1. Rang M. 3.—, 2. Rang M. 1.50, Logen und Klubsessel M. 7—12, 3. Rang M. 0.75. Vorverkauf ab 10 Uhr vormittags ununterbrochen.

WINTERGARTEN **Little Tich** der beste Excentric-Komiker **Amarantina** Span. Tanz-Star sowie die **10 Oktober-Attraktionen 10** Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise. **Rauchen gestattet.** *

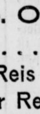
8 Uhr SCALA Internat. **VARIÉTÉ** Sonntags 3 30 zu ermässigten Preisen das volle Programm. *

Elite-Sänger Kottbuser Str. 6 - Tel. Mpl. 1017. Tägl. 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (zu halben Preisen). U. a. **Wandelndes Glück** Großer Soloteil und **Winzerfest am Rhein.**

Circus Busch Tgl. 7 „Stg. a 3 U. „Seil des Todes" usw. 9 Uhr: Manegeschaust. **1000 Jahre Deutscher Rhein.** Voranz.: S ö Nachm. r. i. X e D Rat enfänger v Hameln z. halb 9 eis

Reichshallen-Theater Allabendlich 8 U. u. Sonntag Nachm. 3 U. **Stettiner Sänger** Nachm. halbe Preise. Voll. Abend-Progr. Dönhoff-Brettl Familien-Varieté Anf. 8 U., Sonnt. 5 U.

Kl. Landwirtschaft, gr. Gart., 7 Mg. Ernte, 1 Kuh, 1 Schwein, 14 Hühner, in gr. Dorf b. Küstrin sof. f. 6000 M. bei 1500 Anzahl. verkfl., für jed. Landw. geeignet. Nur persl. Ausk. **Möller,** Berkow, Florapromenade 22.



Abessin.-Brunn. z. Selbstaufstell. zieh. v. gegr. Br. Kl. Quellw. d. a. d. Erd. Ill. Prl. gr. A. Scheppmann, Pump.-fab. Berlin N. 177 Chausseest. 88

Gegründet 1891. **Stepp- und Daunen-Decken** am preiswertesten, beites Fabrikat. Fabrik **Bernhard Strohmandel, Berlin,** Wallstr. 72 (Untergrundbahn Inselbrücke). Filialen: **Spittelmarkt,** Ecke Seydelstr. u. W. **Nikolsburger Pl. 2,** Ecke Trautenaustr. Reparat. jed. Art. Illustr. Preiskatalog gratis

---

Große
Mehl- und Reis-Reklame
bis einschließlich Donnerstag, den 15. Oktober

Reichelts Beutel-Mehl . . . . (Es gibt kein besseres!)	5 Pfd. 1.55	jetzt **1**36 M.
Feinstes Auszug-Mehl	Pfd. 28	jetzt **24** Pf.
Hochfeines Auszug-Mehl . .	Pfd. 26	jetzt **22** Pf.
Prima Weizen-Mehl	Pfd. 23	jetzt **19** Pf.
Riesen-Java-Reis	Pfd. 50	jetzt **44** Pf.
Hochfeiner Java-Reis	Pfd. 40	jetzt **35** Pf.
Feinster glasierter Reis	Pfd. 30	jetzt **26** Pf.
Prima Tafel-Reis	Pfd. 24	jetzt **20** Pf.

Butter *Reichelt* **Kaffee**

die Firma der guten Qualitäten bei billigen Preisen